

# Europa – Plan B!

## Demokratische Souveränität statt „marktkonformer Demokratie“

– Thesenpapier von Paul Steinhardt und Kris Kunst, 11. August 2015 –

- 1.** Die in den „Programmländern“ verfolgte Austeritätspolitik ist keine Ausnahmerecheinung, sondern dem EU-Projekt inhärent. Die EU war von Anfang an (EWG, EG) ein Projekt, das im Wesentlichen der Gewinnmaximierung der großen Banken und Konzerne diente und in dessen Verträgen und Institutionen die neoliberale Ideologie eingeschrieben ist.
- 2.** Die Konstruktion der „Europäischen Währungsunion“ (EWU) spielte bei der Durchsetzung des neoliberalen Politikparadigmas eine Schlüsselrolle. Alle den Standortwettbewerb behindernden geld- und fiskalpolitischen Instrumente wurden den einzelnen Staaten entrissen. Anstatt der Abwertung ihrer Währungen und einer antizyklischen Fiskalpolitik bleiben ihnen im „Kampf der Wirtschaftsräume“ nur noch die „interne Abwertung“ und die „Haushaltskonsolidierung“. Zudem hat sich in Griechenland gezeigt, dass eine von demokratischer Kontrolle „unabhängige“ EZB keineswegs automatisch im Interesse der Mehrheit einer Bevölkerung handelt, sondern als ein Instrument zur Förderung von Partikularinteressen missbraucht werden kann.
- 3.** Die Austeritätspolitik schadet nicht nur der Mehrheit der Bevölkerung in den Programmländern, sondern auch in großen Teilen der Bevölkerung in den vermeintlich starken EU-Ländern. Mit ihr werden die Gewinninteressen der transnationalen Banken und Konzerne (und letztlich ihrer Eigentümer) gegen die Interessen der europäischen Bevölkerungen durchgesetzt. Mit diversen „Pakten“ (insb. mit dem Fiskalpakt) sowie der angepeilten „Wirtschaftsregierung“ soll der Troika-Kurs auf ganz Europa ausgedehnt werden.
- 4.** Die Übertragung von Kompetenzen auf nationaler Ebene auf die supranationalen Institutionen von EU und Euro-Raum haben die Demokratie weitgehend ausgehöhlt. Die wesentlichen Entscheidungen werden im EU-Rat, in der EU-Kommission sowie in informellen Zirkeln (wie der Eurogruppe) getroffen. Auf diese Kreise haben Banken und Konzerne entscheidenden Einfluss – die Bürger hingegen so gut wie keinen. Die Spielräume für eine Gesellschaftsgestaltung durch demokratisch legitimierte Politik werden immer enger – die Demokratie verkommt zur „marktkonformen Demokratie“.
- 5.** Eine funktionierende Demokratie steht und fällt mit der Möglichkeit des Staats, Geld in der Landeswährung zu schöpfen und nach politischen Gesichtspunkten in Umlauf zu bringen. Die Kontrolle über die eigene Zentralbank ist eine notwendige Bedingung für eine auch finanziell souveräne Demokratie. Das größte Tabu des Neoliberalismus ist die sogenannte monetäre Staatsfinanzierung. Eine solche aber sollte der Normalfall sein. Eine Zentralbank hat Geld für demokratisch legitimierte Zwecke zu schaffen und ist, wie alle anderen Organe der Exekutive, für ihr Tun an Weisungen des Parlaments gebunden und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig.
- 6.** Innerhalb des Euro-Raumes gibt es keinen Spielraum für eine nicht-neoliberale Wirtschaftspolitik. Deswegen ist der Austritt aus dem Euro-Raum, die Schaffung einer eigenen Währung und die demokratische Kontrolle über die eigene Zentralbank eine notwendige Bedingung für eine andere Politik – das gilt für jedes Euro-Land.
- 7.** Ein Euro-Austritt und die Verfolgung einer neoliberalen Grundsätzen widersprechenden Politik würden wohl gegen diverse EU-Verträge und Regelungen verstoßen. Zudem halten wir die EU als solche nicht für demokratisch reformierbar. Deswegen muss eine Bewegung oder Partei, die den Euro-Exit ins Visier nimmt, auch einen EU-Austritt ihres Landes vorbereiten. Wir plädieren zunächst für eine möglichst weitgehende Rückübertragung von Kompetenzen von der EU-Ebene auf die Ebene der Nationalstaaten. Erst ein solcher Schritt eröffnet anti-neoliberalen Bewegungen überhaupt den politischen Raum, sich für die Verfolgung einer alternativen Politik einzusetzen.

**8.** Ein Ziel wie etwa die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ dient nicht unweigerlich dem Allgemeininteresse. Entscheidend ist vielmehr, in möglichst vielen Ländern eine sozial-ökologische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu etablieren. Generell ist eine wie auch immer ausgestaltete „Europäische Union“ also kein Selbstzweck, sondern nur ein mögliches Mittel, diese gesellschaftspolitischen Ziele zu verfolgen. Eine jede Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte müsste aber in jedem Fall von den entsprechenden Völkern unmittelbar über Volksabstimmungen legitimiert werden.

**9.** Das politische Scheitern der Tsipras-Regierung mahnt uns: Nie wieder darf eine Bewegung für ein anderes Europa und eine aus ihr hervorgegangene Partei ohne ein eigenes Wirtschaftskonzept und eine detaillierte Strategie ihrer Verwirklichung Regierungsverantwortung übernehmen.

**10.** Die Verfolgung eines an den Allgemeininteressen orientierten alternativen Wirtschaftskonzepts, ob nun auf Ebene einer neuen EG oder der einzelner Länder, erfordert nach unserer Meinung u.a. : Eine Geld- und Fiskalordnung, die eine wirksame makroökonomische Steuerung einer Volkswirtschaft erlauben, einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor, einen produktiven und mit dem Gemeinwohl kompatiblen privaten (Markt-) Sektor, die Sicherstellung von Vollbeschäftigung und die Verwirklichung einer gerechten Einkommensverteilung, die weitgehende ökologische Wende der Gesamtwirtschaft und die Verhinderung von Klientelpolitik.

Notwendige Bedingung für das Erreichen solcher Ziele ist jedoch zunächst die Herstellung der politischen und finanziellen Souveränität der Parlamente und mittelbar auch seiner Organe. Hierfür schlagen wir eine **gemeinsame geld- und finanzpolitische Plattform** vor, die die gesamte Bewegung für ein anderes Europa verbinden könnte:

**11.** Eckpunkte einer gemeinsamen geld- und finanzpolitischen Plattform:

1. Die demokratisch legitimierten und kontrollierten Ausgaben eines Staates werden insbesondere durch ihre Zentralbank finanziert. Das heutige Tabu einer solchen direkten Staatsfinanzierung wird fallengelassen.
2. Eine Zentralbank, die uneingeschränkt die wirtschaftspolitischen Ziele einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung unterstützt und, wie andere staatliche Organe auch, gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig ist. Das heutige Dogma einer vermeintlich „unabhängigen“ Zentralbank wird fallengelassen.
3. Nur noch Zentralbankengeld wird vom Staat als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptiert und mit einem Annahmezwang belegt.
4. Staatliche Kreditsteuerung: Nur noch für Organisationen und Vorhaben, die auf ihre Gemeinwohlverträglichkeit überprüft worden sind, darf es Kredite geben.
5. Öffentliche Banken, die große Strukturumbrüche in der Wirtschaft finanzieren sollen (z.B. eine umfassende Energiewende), sind um- und auszubauen.
6. Begrenzung der Finanzmärkte: Wesentliche „Assets“ werden den Finanzmärkten entzogen (Devisen, Unternehmensanteile, Kredite, Immobilien, Rohstoffe und Nahrungsmittel sollen nur sehr eingeschränkt handelbar sein), Finanz-TÜV für „Finanzprodukte“, Ersatzlösungen für Absicherungsgeschäfte, die der Realwirtschaft dienen, Verbot des Handels mit Finanzunternehmen und Banken, die z.B. in Steueroasen Geschäfte machen.

Rückmeldungen an: **Paul Steinhardt** [p.steinhardt@gmx.de](mailto:p.steinhardt@gmx.de) und **Kris Kunst** [kriskunst@gmail.com](mailto:kriskunst@gmail.com)